

VOLLVERSAMMLUNG DES LANDESJUGENDKONVENTS DER EVANG JUGEND IN BAYERN
29. MAI BIS 1. JUNI 2025

Beschluss

Antrag 16: Verantwortung statt Rückschritt – Lieferkettengesetz erhalten, Menschenrechte stärken

Die Vollversammlung des Landesjugendkonvents beschließt:

Der Landesjugendkonvent fordert die demokratischen Parteien des Bundestags auf, sich für den Erhalt eines starken Lieferkettengesetzes einzusetzen.

Das Lieferkettengesetz ist ein entscheidender Meilenstein für den Schutz von Menschenrechten und ökologischen Standards entlang globaler Lieferketten. Es nimmt die Unternehmen in ihre Verantwortung und stellt sicher, dass Geschädigte Schadensersatz bekommen. Daher ist es für uns unverstänlich, wie die Abschaffung eines solch wichtigen Gesetzes Teil des neuen Koalitionsvertrags geworden ist. Dabei geht es v.a. darum, Forderungen aus der Wirtschaft nachzukommen, die den vergrößerten bürokratischen Aufwand als Handelshemmnis betiteln und im politischen Tagesgeschehen immer mehr Raum einnehmen. Im Zuge dessen werden wirtschaftliche Interessen über die Rechte von Arbeiter:innen und den Schutz unserer Umwelt gestellt.

Die Evangelische Jugend in Bayern setzt sich seit Jahren für ein starkes Lieferkettengesetz ein. Das 2023 in Kraft getretene nationale Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz ist ein Anfang, es auszusetzen wäre ein großer Rückschritt. Als Christ:innen setzen wir uns weiterhin für einen sorgfältigen Umgang mit Ressourcen und ein globales soziales Miteinander ein.

Als Gesellschaft müssen wir Verantwortung übernehmen: für faire Arbeitsbedingungen, die Bewahrung der Schöpfung und die Würde der Menschen, die oft unsichtbar für unseren Wohlstand arbeiten. Wir hoffen daher, dass Gesetzesentwürfen wie dem von der AfD am 5. Juni 2025 eingebrachten Entwurf von allen demokratischen Parteien vehement widersprochen wird. Wir erwarten von unseren Politiker:innen sich für weltweite Gerechtigkeit und das Einhalten der Menschenrechte weiterhin einzusetzen.

Adressat:innen:

Bayerische Mitglieder des Bundestags, Präsidium des Bundestags

Abstimmung:

Der Antrag wird mit 87 Ja-Stimmen und 4 Enthaltungen angenommen.